

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Bundesrätinnen Elisabeth Kittl, Simone Jagl, Claudia Hauschildt-Buschberger, Freundinnen und Freunde

betreffend Sicherheit erhöhen – unkomplizierte Rückgabe illegaler Waffen ermöglichen

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 24. September 2025 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Waffengesetz 1996 geändert wird (372/A und 204 d.B. sowie 11682/BR d.B.) (TOP 1)

BEGRÜNDUNG

Die Dunkelziffer illegaler Waffen in Österreich ist ein Mysterium. 2014 bezifferte das Gun-Policy Projekt der Universität Sydney, das internationale Waffenmärkte analysiert und vergleicht, den Bestand an Waffen in Österreich auf rund 2,5 Mio. Bei etwa 1,5 Mio. registrierten Waffen bleibt eine Zahl an 1 Mio. illegaler Waffen im Umlauf.¹

Dies stellt aus mehreren Perspektiven ein gravierendes Sicherheitsproblem dar. Österreich ist aufgrund seiner geografischen Lage ein regelrechter Umschlagplatz für Schusswaffen, Kriegsmaterial, Sprengstoff und Munition. Der Verfassungsschutzbericht 2024 hält fest: „Der heimische Schwarzmarkt wird vor allem durch die Länder des Westbalkans versorgt, da dort noch immer illegale Bestände aus den 1990er-Jahren existieren, die eine bedeutende Quelle darstellen. Ähnliche Entwicklungen ließen sich auch in den politischen Umbrüchen der Vergangenheit in den Nachbarländern Österreichs beobachten. Das Ende des kommunistischen Regimes in Osteuropa führte dort zu einem erheblichen Anstieg illegaler Schusswaffen aus diesen Staaten auf dem heimischen Schwarzmarkt.“² Ein neueres Phänomen stellen 3D-gedruckte Waffen sowie sogenannte „Geisterwaffen“ – Schusswaffen, die keine gültige Seriennummer oder Markierung haben oder illegale Nachbauten bekannter Waffen sind – dar.³ Bedient werden mit diesem Markt Extremisten, Terroristen, staatliche sowie nicht-staatliche Akteure, die organisierte Kriminalität und auch Privatpersonen.

Es überrascht somit nicht, dass es bei Hausdurchsuchungen immer wieder zu Funden illegaler Waffen kommt, häufig auch noch als Teil riesiger Waffenarsenale. Erst im Juni

¹ <https://kontrast.at/waffenbesitz-oesterreich/>

² Verfassungsschutzbericht 2024, S. 144:

https://www.dsn.gv.at/501/files/VSB/205_2025_VSB_2024_V20250528_Web_BF.pdf

³ *ibid.*

2025 kam es bei einer Hausdurchsuchung im Bezirk Wels-Land zu einem Fund von 373 Waffen, viele davon verbotene oder illegale Waffen.⁴

Das Problem der illegalen Waffen ist allerdings nicht nur eines in extremistischen Kreisen und der organisierten Kriminalität, sondern eines, das tief in die Lebensrealität der Bürgerinnen und Bürger reicht. Etwa 750 Straftaten wurden in den vergangenen Jahren jährlich mit Schusswaffen begangen.⁵ Bei Morden und Mordversuchen an Frauen ist der Anteil illegaler Schusswaffen bei (zum Teil weit) über 50%. Die Gefahr, dass ein Angriff gegen eine Frau mit einer Schusswaffe tödlich endet, liegt bei etwa 62%.⁶

Noch höher ist die Gefahr eines tödlichen Ausgangs bei Suiziden mit Schusswaffen: Etwa 90 % der Suizidversuche mit Schusswaffen enden tödlich, während bei allen Suizidversuchen zusammengenommen nur rund 8,5 % tödlich verlaufen⁷. Im Jahr 2024 gab es in Österreich rund 230 Suizide durch Schusswaffen, was etwa 19 % aller Suizide entsprach.⁸ Ein wesentlicher Faktor dabei ist der leichte Zugang zu Waffen und Munition, insbesondere da die meisten Suizidhandlungen impulsiv erfolgen. Nahezu 50 % der Überlebenden von Suizidversuchen berichten, dass zwischen der Entscheidung, sich das Leben zu nehmen, und dem Versuch weniger als zehn Minuten lagen.⁹

Besonders tragisch sind Fälle, in denen Männer, häufig im höheren Alter, zuerst ihre Partnerin töten und sich anschließend selbst das Leben nehmen. Im Jahr 2024 traf dies auf 7 der 27 in Österreich verübten Frauenmorde zu.

Diese Fälle verdeutlichen, dass der Zugang zu Schusswaffen eine bereits gefährliche Situation häufig tödlich und endgültig macht.

Eine international erfolgreiche Methode, um illegale Waffen im Umlauf einzuschränken, sind Rücknahmeprogramme der Waffenbehörden, bei denen Inhaber illegaler Waffen mit Anreizen aktiv dazu aufgefordert werden ihre Waffen abzugeben und dabei keine Strafen für den illegalen Besitz fürchten müssen. Nach einem Massaker im Jahr 1996 verschärfte zB Australien seine Waffengesetze drastisch. Über 650.000 Schusswaffen wurden für mehr als 200 Mio. Euro zurückgekauft und eingeschmolzen. Laut einer Studie der Australian National University gingen sowohl Suizide mit Schusswaffen als auch Tötungsdelikte deutlich zurück.¹⁰

⁴ <https://www.kleinezeitung.at/oesterreich/19853773/polizei-entdeckt-bei-hausdurchsuchung-373-waffen>; <https://wien.orf.at/stories/3320936/>

⁵ Sicherheitsbericht 2022 und 2023

⁶ https://www.bmi.gv.at/bmi_documents/3033.pdf

⁷ <https://smw.ch/index.php/smw/article/view/3279/5517>

⁸ https://jasmin.goeg.at/id/eprint/3822/1/Suizidbericht_2024_bf.pdf

⁹ <https://smw.ch/index.php/smw/article/view/3279/5517>

¹⁰ <https://www.theguardian.com/world/2016/mar/15/it-took-one-massacre-how-australia-made-guncontrol-happen-after-port-arthur>

Großbritannien führte 2025 ein gezieltes Programm für einen einzigen Waffentyp durch. Innerhalb von 25 Tagen wurden fast 3.000 Waffen abgegeben.¹¹

In Österreich gab es in den 1990er Jahren ein gezieltes Programm. Nachdem 1995 Pumpguns (Vorderschaft-Repetierflinten) verboten wurden, wurden allerdings von rund 60.000 im Umlauf stehenden Waffen nur etwa 10.000 abgegeben oder registriert.¹²

Um ein Rückgabeprogramm illegaler Waffen gezielt durchzuführen, ist es notwendig, valide Daten wie Typ, Alter, Herkunft und Wert der Waffen zu haben. Solche Daten können auf unterschiedlichste Weise erhoben werden.

Zum einen gibt es die Möglichkeit polizeiliche Daten von Hausdurchsuchungen, Grenzkontrollen oder über Straftaten auszuwerten, bei denen Waffen sichergestellt wurden. Eine weitere gängige Methode stellt das „Tracing“ dar – dabei wird rückverfolgt, ob Waffen legal importiert wurden oder illegal in den Umlauf gebracht werden. Insbesondere ein Vergleich über die Jahre hinweg, würde es erlauben, gewisse Trends und Entwicklungen zu erkennen. Auch Schätzungen und Hochrechnungen können herangezogen werden.

Die Genfer Organisation „Small Arms Survey“ arbeitet mit einer Kombination aus Vergleichen aus über die Jahre registrierten Waffen, Fragebögen, Expert:inneneneinschätzungen und Ländervergleichen, um eine Schätzung zur Zahl des weltweiten zivilen Waffenbesitzes zu erstellen.¹³

Auch die Vereinten Nationen arbeiten intensiv an der Beseitigung des illegalen Waffenhandels und erarbeiteten 2001 ein Programm zur Bekämpfung¹⁴, das ein eigenes Instrument entwickelte, um Staaten in die Lage zu versetzen, illegale Kleinwaffen und leichte Waffen zeitnah und verlässlich zu identifizieren und zurückzuverfolgen. Österreich ist Vertragsstaat.

Somit sollte der Innenminister die Möglichkeit haben, Schätzungen über den Bestand illegaler Waffen in Österreich vorzunehmen und auf deren Basis zielgerichtete, wirksame Rückgabeprogramme durchzuführen.

Die unterfertigenden Bundesrätinnen stellen daher folgenden

¹¹ <https://news.npcc.police.uk/releases/nearly-3-000-top-venting-blank-firers-handed-during-national-gun-amnesty#:~:text=The%20amnesty%20which%20took%20place,up%20to%2010%20years%20impriso>

¹² <https://www.derstandard.at/story/937228/von-60000-pumpguns-kamen-nur-10000-retour>

¹³ <https://www.smallarmssurvey.org/resource/estimating-global-civilian-held-firearms-numbers>

¹⁴ Programme of Action to Prevent, Combat and Eradicate the Illicit Trade in Small Arms and Light Weapons in All Its Aspects

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Inneres, wird aufgefordert ein bundesweites, gezieltes Rückgabeprogramm für illegale Waffen einzurichten. Es benötigt gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Anreize zur Rückgabe, um den illegalen Waffenbesitz nachhaltig zu reduzieren.“

Cecilia Handl-Gruber


E. KITT

Simon Jagl

